

Jahresbericht 2003 über Menschenrechtsverletzungen in Tibet – Kapitel 3

Entwicklung: Zum Nutzen Pekings!

Inhalt

1. Einführung
2. Der Bevölkerungstransfer ist illegal und völkerrechtswidrig
3. Ignorierung der Gesetze über Regionale Autonomie
4. Der neue große Sprung nach vorn
5. Eine Infrastruktur zum Nutzen Chinas
6. Umweltschutzgesetzen wird keine Geltung verschafft
7. Die Eisenbahn von Gormo nach Lhasa
8. Entwicklung als Instrument zur politischen Kontrolle
9. Schluß

1. Einführung

Das TCHRD (Tibetan Centre for Human Rights and Democracy) berichtete in seinem Jahresbericht von 2002 im Kapitel "Recht auf Entwicklung", wie dem tibetischen Volk das Recht vorenthalten wird, sich an den viel gepriesenen Entwicklungsprojekten, die gegenwärtig von der VR CHINA in Tibet realisiert werden, zu beteiligen. In dem Kapitel wurde auch dargelegt, wie den Tibetern das Recht verweigert wird, sich gegen die Entwicklungsprojekte auszusprechen oder zu protestieren, die ihnen selbst, ihrer natürlichen Umgebung und ihren Interessen abträglich sind.

Chinas Prioritäten bei der Entwicklung Tibets im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans und des Westchina-Entwicklungsprogramms (Western Development Program) sind: Erdöl und Erdgas-Pipelines, Salzgewinnung und petrochemische Industrie, Kupferabbau und Chrom- und Goldbergwerke, reihenweise Bau von Staudämmen für Wasserkraftwerke und Überlandleitungsnetze, um die weit entfernten chinesischen Großstädte und die Industrie mit der notwendigen Energie zu versorgen, und schließlich eine neue Eisenbahnstrecke, um leichteren Zugang zu den Ressourcen in Tibet zu bekommen und schnell Truppen bewegen zu können. Die Erfahrung in China selbst hat jedoch gezeigt, daß eine solch einseitige urbane Ausrichtung und Kapitalanlage in erster Linie der Stadtbevölkerung zugute kommt, und die Mehrheit der Bevölkerung, also die auf dem Lande lebenden Bauern und Arbeiter, von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum ausgeschlossen bleiben.

Der diesjährige Bericht befaßt sich mit der Entwicklungspolitik und den Auswirkungen, welche die von China heutzutage in Tibet verwendeten Entwicklungsmodelle und Methoden hervorrufen. Peking behauptet, das materielle und kulturelle Leben des tibetischen Volkes habe sich beträchtlich verbessert, wobei es sich nur auf das "beachtenswerte" und "alle Rekorde brechende" wirtschaftliche Wachstum bezieht. Denn China sieht als Hauptgrund für die vermeintliche Verbesserung des Lebensstandards der Tibeter das allgemeine Wirtschaftswachstum, die Subventionen und den Aufbau der Infrastruktur in den urbanen Zentren und den Orten der Ressourcengewinnung.

Die gänzliche Vernachlässigung der kulturellen und sozialen Rechte des tibetischen Volkes, wie sie in anderen Kapiteln dokumentiert wird (ebenso wie von internationalen Menschenrechtsgruppen, die den allgemeinen Mangel an Freiheit in allen Einzelheiten beschreiben), macht Pekings Anspruch auf Entwicklung auf dem Hochplateau zunichte.

In den tibetischen Regionen bestimmt alleine China die Prioritäten und Strategien für die Entwicklung der tibetischen Bevölkerung, und es sieht sich in der Rolle des wohlwollenden Staates, der am besten die Bedürfnisse der Tibeter kennt. Es wird aber immer klarer, daß Chinas Entwicklungspolitik weitgehend fehlgeschlagen ist und die gegenwärtige Entwicklungsstrategie die Wirklichkeit und die Bedürfnisse der Menschen nicht berücksichtigt. Wenn die jetzige Entwicklungspolitik weiterverfolgt wird

wie bisher, wird dies nur noch größere Einkommensunterschiede hervorrufen und das tibetische Volk weiter marginalisieren – also genau das Gegenteil von den in ihr erklärten Zielen bewirken.

Die Autonome Region Tibet (TAR) und die tibetisch bewohnten Gebiete, die den chinesischen Provinzen einverleibt wurden, sind für Peking wenig mehr als ein riesiges Rohstofflager und Orte, die den chinesischen Zuwanderern gute Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Während also die Entwicklung in der Region von der chinesischen Zentralregierung für ihre eigenen Zwecke reguliert wird, wird durch dieses Vorgehen die Einkommensdisparität zwischen chinesischen Zuwanderern und einheimischen Tibetern noch verschärft. Nur eine Rückkehr zu dem verbrieften Recht der Tibeter, die Entwicklung in ihrem eigenen Lande mitzubestimmen, könnte dieses der Wirtschaft schädliche Ungleichgewicht korrigieren und dem tibetischen Volk seine Rechte zurückgeben.

China begreift nicht oder ignoriert bewußt, daß unter diesen Umständen alle entwicklungspolitischen Aktivitäten, also auch die des Westchina-Entwicklungsprogramms, im Rahmen der gemachten Investitionen dem Ausbau der tibetischen Kapazitäten äußerste Priorität einräumen sollten. Dies ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Rechtes auf Entwicklung, wie es von den Vereinten Nationen definiert wurde.

Es ist viel wichtiger, eine Entwicklung voranzutreiben, die dem tibetischen Volk ein menschenwürdiges Leben garantiert, als die von Ressourcen, Industrie, Infrastruktur und städtischen Siedlungen, wie sie jetzt im Namen der menschlichen Entwicklung oder der Armutsbekämpfung betrieben wird.

Amartya Sen, Träger des Wirtschaft-Nobelpreises, auf dessen grundlegendes Rahmenwerk zur Entwicklung der unabhängige UN-Experte für das Recht auf Entwicklung zurückgreift, drückt es in seiner Schrift "Development as Freedom" folgendermaßen aus: "Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung ist es nicht richtig, nur auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts oder auf einige weitere Indikatoren einer allgemeinen Wirtschaftsexpansion zu blicken. Wir sollten auch darauf achten, welchen Einfluß Demokratie und politische Freiheiten auf das Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger haben".

Das Völkerrecht anerkennt das Recht auf die Kontrolle der eigenen Entwicklung als ein wesentliches Element der Selbstbestimmung. Um aus dem Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR) zu zitieren: "Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung" (Art 1).

Obwohl China den ICESCR im Jahr 2001 ratifizierte, hat es sich in Wirklichkeit überhaupt nicht darum bemüht, dem Geist des Vertrags zu folgen, noch beabsichtigt es, ihn in die Tat umzusetzen. China ist gegenüber der internationalen Gemeinschaft vertragsbrüchig geworden. Die Zentralregierung verletzt die dem tibetischen Volk aus diesem Vertrag zustehenden Rechte, indem sie die strategische Kontrolle der Entwicklung Tibets für sich in Anspruch nimmt und die taktische Kontrolle vor Ort in den mehrheitlich tibetischen Präfekturen den sie umgebenden, nicht von Tibetern verwalteten Regionen und Provinzen überträgt.

In der Praxis hat diese Mißachtung des Völkerrechts die Lebensqualität der Tibeter ausgehöhlt und ihre Umwelt beeinträchtigt, während die wertvollen natürlichen Ressourcen des Landes in die von Han-Chinesen besiedelten Gebiete – also der Ethnie, welche die Zentralregierung dominiert – transferiert werden.

Zuweilen wird der Umstand, daß den Tibetern ihr Recht auf Entwicklung verweigert wird, auch als internationale Entwicklungshilfe oder als Joint Venture und von außen angebotene Kooperation verbrämt. Absatz 1.2 des ICESCR spezifiziert, daß die internationale Investition nicht als Argument herangezogen werden darf, um den Menschen ihre Rechte außer Kraft zu setzen:

"Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden."

Ob sie nun von der chinesischen Regierung oder von ausländischen Investoren ausgeht, sind Abbau und Transfer der Naturschätze der Tibeter – sogar unter der chinesischen Besatzung – widerrechtlich und ebenso ist die Verweigerung ihres Rechtes, die Entwicklung auf ihrem Hochland selbst zu bestimmen, völkerrechtswidrig.

Das Recht der Völker, über ihre eigene Entwicklung selbst zu bestimmen, ist in der UN Erklärung über das Recht auf Entwicklung niedergelegt und wird im Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte sowie im ICESCR erklärt. Die chinesische Zentralregierung und die von ihr eingesetzten regionalen, provinziellen, präfekturalen und städtischen Verwaltungen in Tibet haben dieses Recht an sich gerissen und es dem tibetischen Volk weggenommen, was ihm, seiner Umwelt und seinen Naturschätzen nur Schaden bringt. Chinas Methode, den Tibetern die Kontrolle über ihre eigene Entwicklung zu entziehen, steht nicht nur im Widerspruch zum internationalen Recht, sondern auch zu seinen eigenen Gesetzen.

2. Der Bevölkerungstransfer ist illegal und völkerrechtswidrig

Der unabhängige Experte der UN Menschenrechtskommission für das Recht auf Entwicklung weist darauf hin, daß "bei dem Recht auf Entwicklung in dem jeweiligen Staat die Individuen als Kollektiv, ebenso wie Gruppen in diesem Kollektiv Rechtsträger sind, so wie es bei Minderheiten der Fall ist".

Professor Sengupta führt weiter aus, daß die UN Erklärung über das Recht auf Entwicklung (Declaration on the Right to Development), die 1986 verabschiedet wurde, das Recht auf Entwicklung als ein menschliches Recht, dessen Mittelpunkt die "ständige Verbesserung und... die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung und aller ihrer Individuen" bildet, versteht. Die Forderung nach legitimen demokratischen Strukturen gehört zum Recht auf Entwicklung, das, wie die zitierte Erklärung deutlich macht, die Achtung für die bürgerlichen und politischen Rechte mit einschließt...

"Minderheiten... haben wenig oder keinen Zugang zu irgendeiner Form politischen Einflusses oder öffentlicher Partizipation, weshalb die allgemeine Entwicklung eines Landes im Hinblick auf ihre Fähigkeit zur Entwicklung meistens gar nichts beiträgt. Der Respekt vor den hergebrachten Normen der Minderheiten und einheimischen Völker, die Beendigung der Diskriminierung, die Garantie ihrer Partizipation und die richtige Einschätzung der Auswirkungen der Entwicklungspolitik: All das gehört zu den Erfordernissen für die Realisierung des Rechtes auf Entwicklung"¹.

Die menschliche Entwicklung und die Menschenrechte sind sowohl Grundlage als auch Ziel internationaler wie auch nationaler Gesetze, Verträge und aller Theorien über Entwicklung und Selbstbestimmung. Sie sind keine Bestätigung der Macht der Regierung, sondern der Macht des Volkes. Chinas Model für die Entwicklung Tibets verzögert und vereitelt die menschliche Entwicklung des tibetischen Volkes, indem es letzteres seiner Selbstbestimmung beraubt – in diesem Falle seines Rechtes, seine eigene Entwicklung, sowohl die seiner Menschen als auch die seines Landes, zu kontrollieren.

Von der Entwicklung Tibets unter chinesischer Herrschaft haben zunächst die Chinesen und Tibeter im Staatsdienst und die vielen Han-Chinesen, die im Rahmen der Bevölkerungspolitik nach Tibet umgesiedelt wurden, am meisten profitiert. Ein Bevölkerungstransfer von dieser Größenordnung stellt eine Verletzung sowohl des chinesischen als auch des Völkerrechtes dar.

Erzählungen von Tibetreisenden und Reportagen von Journalisten bestätigen das von der chinesischen Regierung publizierte Eingeständnis, nämlich, daß Tibet mit einer neuen Bevölkerung von nicht-tibetischen Migranten, hauptsächlich von der Han-Ethnie aus den überbevölkerten chinesischen Provinzen, überflutet wird.

Es gibt inzwischen Millionen von Chinesen in Tibet, besonders in den östlichen Teilen. Obwohl Tibet über eine große räumliche Ausdehnung verfügt, ist es dieser rasch steigenden Bevölkerungszahl nicht gewachsen, weil nicht einmal 2 % der Oberfläche für den Ackerbau nutzbar und über 60 % Grasland sind. Bereits in den Anfangsjahren der Revolution büßte Tibet seine stabile Nahrungsmittelsicherheit ein, es kam zu Hungersnöten, und viele Menschen starben am Hunger².

Den offiziellen Statistiken Chinas zufolge beträgt die tibetische Gesamtbevölkerung um die 10 Millionen; doch wie viele Beobachter kommentierten, beziehen diese Statistiken das militärische Personal ebensowenig mit ein, wie die große Masse arbeitssuchender chinesischer Bauern, die entwurzelt und

¹ Margot Salomon und Arjun Sengupta, The Right to Development: Obligations of state and the rights of minorities and indigenous peoples, Minority Rights Group, 2003.

² TIN (1997) A Poisoned Arrow: The Secret Report of the 10th Panchen Lama, London, p. 29.

ständig unterwegs sind. Die gesamte erfaßte Einwohnerzahl der Autonomen Region Tibet, der Provinz Qinghai und der Tibetisch Autonomen Präfekturen in den Provinzen Gansu, Sichuan und Yunnan beträgt offiziell 10,295 Mio. Personen³. Diese Zahl übertrifft bei weitem die (geschätzte) Zahl an Menschen, welche das tibetische Hochland in geschichtlichen Zeiten jemals auszuhalten und zu ernähren hatte.

Bereits 1987 brachte der frühere Panchen Lama bei seinen Reden vor dem Nationalen Volkskongreß der VR CHINA seine große Besorgnis gegenüber einer der Strategien zum Ausdruck, welche die Bevölkerung Tibets durch Chinesen ersetzte, und den Preis, den das tibetische Volk dafür zu zahlen habe:

“Als Genosse Hu Yaobang Tibet 1980 besuchte, beschloß er, alles überflüssige chinesische Personal aus Tibet abzuziehen. Wir sehen darin eine weise Entscheidung. Was für einen Sinn hat es denn, nutzlos Leute herumsitzen zu haben... Einen einzigen Chinesen in Tibet zu unterhalten, kostet so viel wie vier in China. Warum sollte Tibet für ihre Ernährung aufkommen? Tibet hat wegen der verfehlten Politik, die ihm eine große Zahl nutzloser Leute aufbürdete, ungeheuer viel gelitten. Am Anfang waren es nur ein paar Tausend chinesischer Einwohner in Tibet, aber heute hat sich ihre Zahl um ein vielfaches vermehrt...”⁴.

3. Ignorierung der Gesetze über Regionale Autonomie

Die Besetzung des tibetischen Territoriums bedeutet an sich schon eine grundsätzliche Leugnung des Rechtes auf Entwicklung. Die von der Zentralregierung verfügte Umsiedlung von Han-Bürgern nach Tibet nimmt dem tibetischen Volk entscheidende Elemente für seine menschliche Entwicklung wie Bildung, wirtschaftliche Chancen und Selbstbestimmung.

Dem chinesischen Gesetze zufolge hätten die Tibeter theoretisch die Möglichkeit, die Han-Einwanderung zu unterbinden. Der Art. 43 des Gesetzes der VR China über die Regionale Nationale Autonomie gibt den lokalen Regierungen die Vollmacht, die Immigration von anderen Gegenden Chinas zu regulieren. So besagt der Artikel:

“In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen haben die Organe der Selbstverwaltung der nationalen autonomen Gebiete Maßnahmen zur Kontrolle der nichtansässigen Bevölkerung auszuarbeiten”⁵.

Die Politik des Bevölkerungstransfers mag im Falle Tibets von den Tagen der Herrschaft Maos bis zur Gegenwart variiert haben, doch an der Praxis hat sich nichts geändert. Chinesische Siedlungen wurden in der Deng Xiaoping Ära konsolidiert, als dieser während eines Besuchs in den Vereinigten Staaten 1987 den Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten und lokaler Kontrolle so zu rationalisieren versuchte:

“Tibet kann sich nicht von sich aus entwickeln... Es sollte die Hilfe von den ihm brüderlich verbundenen Provinzen und Stadtbezirken [in China] suchen... Wir müssen eine große Anzahl von Han-Genossen nach Tibet bringen, damit sie dort wissenschaftliches und technisches Know-how vermitteln können, ihre Erfahrung im Management einbringen und Tibet helfen können, Experten für Wissenschaft, Technik und Management auszubilden, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben”⁶.

Seinem Wort getreu – wenn auch nicht den Gesetzen seines Landes – ermutigte Premier Deng Xiaoping in den neunziger Jahren die Umsiedelung ganzer Horden von Chinesen nach Tibet.

³ Ausgehend von den Daten der letzten statistischen Provinz-Jahrbücher beträgt die Bevölkerung der TAR 2,62 Mio, diejenige von Qinghai 5,18 Mio, diejenige der als tibetisch bezeichneten Präfekturen von Sichuan 1,72 Mio, diejenige der tibetischen Präfektur von Gansu 443.000 und diejenige der tibetischen Präfektur von Yunnan 332.000, siehe auch: TIN: Overview of the Tibetan population in the VR CHINA from the 2000 census: www.tibetinfo.net/news-updates/2003/3009.htm.

⁴ Rede des Panchen Lama vor dem ständigen Ausschuß der TAR bei dem Nationalen Volkskongreß, Beijing (28 March 1987), veröffentlicht als *The Panchen Lama Speaks*, Department of Information and International Relations, Dharamsala, 1991.

⁵ Gesetz der VR China über die regionale nationale Autonomie, 1984, www.novexcn.com/regional_nation_autonomy.html.

⁶ Tibet Daily, 4 June 1994, “Tibet article urges correct nationalities view”, quoted in Warren Smith, “Tibetan Nation: A History of Tibetan nationalism and Sino-Tibetan Relations”, p. 637.

Ein weiteres chinesisches Gesetz, das sonst überall in Kraft ist, aber im Falle Tibets – zum Schaden der örtlichen Bewohner und ihres Rechts auf Entwicklung – aufgehoben ist, ist der *hukou* oder die Wohngenehmigung. Überall in China werden oftmals infolge des komplizierten Systems der Genehmigungen verheiratete Ehepaare in gehobenen Berufen auseinander gerissen, oder es werden die Kinder von Eltern, die versetzt wurden, von diesen getrennt. Ohne *hukou* bleibt jedem chinesischen Bürger, der sich außerhalb seines eingetragenen Wohnortes niederläßt, der Zugang zur Gesundheitsvorsorge, zur Bildung, ja sogar die Wahrnehmung seiner politischen Rechte verwehrt.

Doch die Tibeter, die unter der chinesischen Besatzung leben, genießen nicht einmal diesen grundlegenden gesetzlichen Schutz vor Masseneinwanderung aus ärmeren Regionen. So verwehrt die chinesische Regierung dem tibetischen Volk auch noch diesen ganz gewöhnlichen und sonst überall vorhandenen Schutzmechanismus vor unkontrollierter Wirtschaftsmigration – beispielsweise garantiert er den Bürgern Pekings, Shanghais und Hongkongs ihre Arbeitsplätze und ihre Lebensqualität.

Durch diese Flut von außen aufgedrängter Entwicklungsmaßnahmen haben die chinesischen Herrscher den Tibetern ein wichtiges Menschenrecht genommen, nämlich das Recht, ihre eigenen Ressourcen zu entfalten. Mit der Aufhebung der sonst üblichen Gesetze zur Einholung einer Wohngenehmigung und der Präferenzpolitik der Zentralregierung gibt Peking seine stillschweigende Einwilligung zu der Überflutung Tibets mit Han-Migranten. Es sind dies sowohl Unternehmer als auch ungelernte Arbeiter, die in ihrer Heimatregion keine Arbeitsmöglichkeiten haben und gierig alle Chancen ergreifen, welche die Entwicklung einer Region ihnen bietet. Dem Völkerrecht sowie der chinesischen Gesetzgebung zufolge stehen diese jedoch der einheimischen und traditionellen Bevölkerung des Landes zu. Auf diese Weise wird die Han-Kontrolle über die Entwicklung in Tibet konsolidiert.

Die tibetische Wirtschaft hat in den letzten Jahren einen Anstieg der Kosten bei den staatlichen Diensten zu verzeichnen, also im urbanen Dienstleistungssektor und der Administration, dem Handel, dem Transport, dem Finanzwesen und den sozialen Diensten. Von 1989 bis 2001 schnellten die vom Staat subventionierten Ausgaben allein in der TAR von 890 Mio. Yuan (etwa 100 Mio. US\$) auf 6,91 Mrd. Yuan (etwa 850 Mio. US\$). Diese enormen Zuschüsse der Zentralregierung fließen hauptsächlich in die Gehälter der staatlichen Bediensteten, von denen die meisten Han-Zuwanderer sind. Der Anstieg der Lohnkosten weist nicht nur auf eine vermehrte Immigration und die immer größer werdende Kontrolle der Chinesen über Tibet hin, sondern zeugt auch von einer enormen Steigerung bei den Ausgaben der Zentralregierung und den Investitionen im Verhältnis zu der gesamten tibetischen Wirtschaft. In demselben Zeitraum stieg der Anteil der staatlichen Dienste von 41,1 % des gesamten Wirtschaftsaufkommens auf 49,8 %, was etwa die Hälfte der gesamten Wirtschaft bedeutet⁷. Die Statistiken zeigen, daß der Trend im übrigen China – nämlich weg von einem auf erhöhten Regierungszuschüssen basierenden Wirtschaftswachstum – im Falle der TAR gerade umgekehrt ist.

Aus den nächsten offiziellen Berichten wird sicher hervorgehen, daß die Staatsausgaben und die damit einhergehende Kontrolle noch mehr zugenommen haben. Nach Beendigung des dritten Arbeitsforums zu Tibet und dem Start von 62 Projekten auf dem Hochland vergrößerte sich der staatliche Sektor in der Wirtschaft Ende der 90er Jahre ganz gewaltig. Die Wachstumskurve wurde noch steiler, nachdem das vierte Arbeitsforum weitere 117 Projekte für die Autonome Region Tibet angekündigt hatte.

In dieser Kalkulation waren militärische Ausgaben nicht mit eingerechnet, und wenn sie es gewesen wären, dann wäre die Kluft zwischen der staatlich kontrollierten Wirtschaft, also der Wirtschaft der Zuwanderer, und dem, was dem tibetischen Volk von dem ganzen Reichtum und den Entwicklungsmöglichkeiten noch übrig geblieben ist, noch viel größer. Die meisten Tibeter stützen sich, was ihren Lebensunterhalt anbetrifft, auf eine landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft, weshalb sie von vornherein von dem Boom in der staatlichen Wirtschaft ausgeschlossen sind.

4. Der neue große Sprung nach vorn

Das Westchina-Entwicklungsprogramm, von dem auch in unserem Jahresbericht 2002 die Rede war, geht nun schon ins dritte Jahr. 1999 ging Präsident Jiang Zemin ins Detail und präziserte in seiner Rede vor dem Forum über die Reform der staatseigenen Unternehmen die Motive für die Kontrolle der Entwicklung in Tibet durch China. Jiang gab den Startschuß zu dem gigantischen neuen

⁷ Tibet Statistical Yearbook 2001 and China Statistical Yearbook, 2002.

Entwicklungsprogramm unter der Bezeichnung "Western Development Strategy". Diese Initiative würde "die nationale Einheit stärken, die soziale Stabilität gewährleisten und den Schutz der Grenze konsolidieren", fügte er hinzu. Kurz gesagt, der Zweck von Chinas Entwicklungspolitik in Tibet ist die Beschleunigung der Pläne der Zentralregierung für den Ausbau der Infrastruktur, wonach sich eine echte regionale Wirtschaft von alleine herausbilden soll.

Im Mittelpunkt der *Western Development Strategy* steht die Investition in harte Infrastruktur wie Fernstraßen, Eisenbahnen, Pipelines, Abbau der Bodenschätze, Staudämme, Kraftwerke und Bewässerungsanlagen. Die weiche Infrastruktur wird auf den zweiten Platz verwiesen, also das Gesundheitswesen, die Bildung und der Ausbau der menschlichen Ressourcen, wobei gerade dies zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort und Partizipation an dem Modernisierungsprozeß führen würde. Die *Western Development Strategy* mißt der Investition in die einheimische Landwirtschaft und Viehhaltung wenig Gewicht bei, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung im Westen Chinas, besonders die nicht-chinesischen Volksgruppen, die am schlimmsten unter der Armut leiden, unter diese zwei Rubriken fallen.

Obwohl es zu früh ist, um die Richtung, die dieses Programm nehmen wird, und seine Auswirkungen zu beurteilen, kann man bereits sagen, daß Pekings Annahme, damit würden nun ausländische Investitionen von beachtlichem Volumen hereinfließen, sich nicht erfüllt hat. In den neunziger Jahren zogen sich einige ausländische Kapitalgesellschaften und internationale Organisationen aus chinesischen Projekten in Tibet zurück. Das Welternährungsprogramm, die Weltbank und die Europäische Union machten ihre Beteiligung an Projekten in Tibet rückgängig, wobei sie Bedenken wegen der Menschenrechtsslage, dem Mißmanagement ihrer chinesischen Partner und der Korruption in Regierungskreisen als Gründe angaben⁸.

Eine Analyse der Wirtschaft in den von Tibetern bewohnten Regionen zeigt jedoch, daß China beabsichtigt, Tibet mit Han-Migranten zu überfluten, die Grenzen Tibets zu militarisieren und die natürlichen Ressourcen des Landes nach Zentralchina zu transferieren. Indessen zeichnet die staatliche chinesische Presse unentwegt ein Bild von der chinesischen Entwicklung in Tibet, das an den Großen Sprung nach vorn erinnert, und mit den sonst in China gängigen Medienberichte über die privatisierte Wirtschaft seit Dengs Reformen wenig zu tun hat.

Chinas staatlich kontrollierte Medien präsentieren Tibet als eine von rückständigen Gesellschaften bewohnte Wildnis, die vor ihrer eigenen Wettbewerbsunfähigkeit gerettet werden müssen. Mit dieser Sichtweise wird die ländliche tibetische Bevölkerung in den Augen der ehrgeizigen urbanen Han-Chinesen herabgewürdigt. Indem die Medien das Volk der Tibeter mit Begriffen wie "einer uralten Kultur angehörend", "mystisch" und "rückständig" beschreiben, stellen sie die von China in Tibet betriebene Entwicklung ihrem vorwiegend han-chinesischen Publikum als einen Akt des Wohlwollens dar. In diesem Zusammenhang verwandelt sich der Abtransport der Ressourcen aus Tibet zu der völlig harmlosen Nutzung vorhandener Werte, die andernfalls an "primitive Leute" verschwendet würden.

5. Eine Infrastruktur zum Nutzen Chinas

Während einer staatlich organisierten Tour 40 ausländischer Medienvertreter durch Tibet im August 2003 wurde der Verwaltungschefin der Provinz Shannan (tib. Lhoka) die Frage gestellt, was in Tibet denn passieren wird, wenn die Infrastruktur erst einmal vollständig aufgebaut ist⁹. Lakonisch meinte sie: "... was danach kommt, wissen wir nicht".

Diese Antwort besagt, daß das Land für Chinesen entwickelt wird und nicht für Tibeter. Und genau das ist sowohl das Ziel als auch das Resultat der *Western Development Strategy*. Wie Jiang Zemin 1999 ankündigte, muß Tibet zusammen mit Westchina entwickelt werden, aber nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern um Chinas Kontrolle über die Region zu festigen und seine militärische Position gegenüber den Nachbarn zu konsolidieren.

In einigen Gegenden auf dem Hochplateau hat die kommerzielle Erschließung inzwischen zu einem hohen Grad an Industrialisierung geführt. Das Tsaidam Becken in Nordtibet ist ein trockener

⁸ Carole Samdup, Human Rights Tribune, Spring 2002, Vol 9, No. 1.

⁹ AFP, "PRC Pouring cash into Tibet, official says", 23 August 2003, Online source <http://www.etaiwannews.com/Asia/2003/08/23/1061605481.htm>.

Sedimentkessel, der über Erdöl, Erdgas und Salz aus den zahlreichen Salzseen sowie viele andere Mineralien verfügt. Dieser Reichtum erlaubt China jährlich 2 Mio. Tonnen Erdöl aus Tibet in die chinesischen Raffinerien zu leiten und petrochemische Industriekomplexe in Tibet zu errichten, die aber keine Tibeter beschäftigen. Der Herstellung von Kunstdünger aus Kaliumkarbonat (Pottasche) kommt in dem Westchina-Entwicklungsprogramm ebenso wie der Industrie zur Gewinnung von Magnesium in Qinghai ein hoher Stellenwert zu – und beide beruhen sie auf dem hohen Mineralsalzgehalt der nördlichen Seen. Diesen Industriekomplexen fehlt es gewöhnlich an der erforderlichen Technologie für eine sachgerechte Entsorgung ihrer Abwässer und Abfälle, weshalb sie die Umwelt in hohem Grade verschmutzen – als Beispiel sei auf den giftigen Fluorid-Ausstoß aus der Aluminium-Schmelzhütte in der Nähe der mitten in tibetischem Ackerbaugesbiet gelegenen Stadt Tongren (tib. Rebkong)¹⁰ verwiesen.

Der Ausbau der Strecke Yangpachen-Lhasa der Fernstraße von Gormo nach Lhasa zeigt deutlich, welcher Art die chinesische Entwicklung in Tibet ist. Das Ausbauprojekt dient militärischen Zwecken und dem Bevölkerungstransfer, ohne die Bedürfnisse der Bevölkerung auch nur im geringsten in Betracht zu ziehen und ohne lokale Arbeitskräfte einzusetzen. In einem Bericht heißt es:

“Dies ist ein Beispiel für ein technisches Vorzeige-Objekt, das auf dem Import von Kapital, Technologie und Arbeitskraft nach Tibet beruht, ohne irgend etwas davon an die Tibeter weiterzugeben. Dieser 80 km lange Streckenabschnitt verläuft durch eine Flußschlucht und wurde vollständig neu gebaut; die solide Randbefestigung mit Steinen und der Straßenbelag wurden von einer großen Schar von wandernden chinesischen Maurern und anderen Straßenarbeitern ausgeführt, was schätzungsweise 400 Mio. Yuan, oder 48 Mio. US\$ kostete. Im Juni und Juli 2001 wurde auch für den Ausbau der Hauptstraßen in Lhasa eine riesige Zahl von chinesischen Straßenbauarbeitern angeheuert. Die Bauarbeiten folgten einem Muster, das man im letzten Jahrzehnt in den meisten Städten Tibets beobachten konnte, nämlich die Finanzierung durch die Zentral- oder die Provinzregierung. Die moderne Art und Weise des Straßen- und Städtebaus, die Technik und das dabei verwendete Material waren den lokalen tibetischen Arbeitern völlig fremd, weshalb chinesische Wanderarbeiter, die mit den angewandten Techniken vertraut sind, angestellt wurden¹¹.

6. Umweltschutzgesetzen wird keine Geltung verschafft

Ebenso wie bei der *Western Development Strategy* nicht in Betracht gezogen wird, ob sie der örtlichen Bevölkerung Nutzen oder Schaden bringt, gibt es auch keine Untersuchungen über ihre Auswirkungen auf die Umwelt – weder auf lokaler noch auf nationaler Ebene. Der Bau von riesigen Staudämmen in Tibet und China ist sowohl im In- als auch im Ausland umstritten, denn sie bedeuten sowohl für die Menschen als auch für die Umwelt ein großes Risiko, und ein Dambruch löst eine gewaltige mit einem Nuklearunfall vergleichbare Katastrophe aus.

Die Liste der Schäden, den China seiner eigenen Umwelt zufügte, ist zu lang, um sie hier wiederzugeben, und auch die Chinesen selbst werden allmählich der Probleme gewahr, die sie geschaffen haben. Um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, hat Peking neue Verordnungen erlassen, welche die zentralen Planer zur Einbeziehung lokaler Informationen und Prüfung wissenschaftlicher Einwände verpflichten. Die neuen Gesetze fordern sogar, daß öffentliche Anhörungen abgehalten werden.

Während diese Gesetze bei neuen Bauprojekten langsam in den Überprüfungs-Prozeß integriert werden, hat der besondere Blickwinkel, unter dem Tibet jetzt gesehen wird, nämlich als “die nationale Schatzkammer im Besitz der Regierung in Peking”, dem neuen Schutzgedanken für Leben und Umwelt wohl Gestalt gegeben – aber keine Durchsetzungskraft.

Ein Beispiel ist der Megoe Tso oder Yeti See in der “Gongga Mountain National Scenic Area” in der TAP Kardze in West-Sichuan, wo Mitte 2003 ein krasser Mißbrauch der neuen Umwelt-Schutzmechanismen für Tibet dokumentiert wurde. Dort wurde nach einem eintägigen Proforma-Meeting mit örtlichen Vertretern ein Staudammprojekt, für das die Huaneng Gruppe die Pläne entworfen hatte, gebilligt:

¹⁰ TIN, Mining Tibet, 2002, pp. 147-180.

¹¹ Arthur Holcombe, 2001. Die Auswirkungen der Wirtschaftsreform und der Politik der Öffnung auf den Lebensstandard der örtlichen einheimischen Bevölkerung: Der Fall Tibets, Online source: www.ksg.harvard.edu/cbg/Conferences/financial_sector/ImpactofEconomicReformandOpeningUpPolicies.pdf.

Unabhängigen chinesischen Wissenschaftlern war vorher nicht erlaubt worden, diese biologisch einzigartige Gegend zu besuchen, die zudem stark erdbebengefährdet ist¹².

Wieder einmal ist es die lokale Kontrolle der Entwicklung – vom Völkerrecht garantiert und sogar unter dem chinesischen Gesetz in gewisser Weise geschützt –, die den Tibetern von Peking konsequent verweigert wird, womit sie auch bei den hochsensiblen Entwicklungsprojekten jeglichen Mitspracherechts beraubt werden.

7. Die Eisenbahn von Gormo nach Lhasa

Die 100 Mrd. Yuan (12,1 Mrd. US\$) teure Eisenbahnverbindung von Gormo nach Lhasa ist auch so ein Projekt im zehnten Fünfjahresplan der VR CHINA, das derzeit von den Erfordernissen der lokalen Wirtschaft her gesehen nicht gerechtfertigt werden kann. Die Eisenbahn wurde bereits Mitte der Neunziger geplant, als überhaupt keine Notwendigkeit für sie bestand, und auch zu Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts ist es auch wirtschaftlichen Gründen immer noch nicht geboten, Lhasa durch eine äußerst kostenintensive Eisenbahnlinie mit Gormo zu verbinden. Geplant bereits von den Nationalchinesen vor dem Zweiten Weltkrieg, begonnen von den Kommunisten 1958 und fertiggestellt bis zu dem Zielbahnhof Gormo in Amdo (chin. Qinghai) erst 1982, hat dieses nur langsam vorankommende Bauprojekt die tibetischen Landstriche, durch welche der Schienenstrang verlegt wurde, schon in eine vorwiegend chinesische Region umgewandelt. Heute machen die Tibeter nur noch 21 % der 4,95 Mio. zählenden Bevölkerung von Qinghai aus.

2001 faßte ein BBC-Reporter zusammen: "Vierzig Jahre zuvor, ehe die Eisenbahn kam, war hier nichts außer offener Steppe und nomadisierenden tibetischen Viehhirten. Aber heute zählt Gormo 200.000 Einwohner, fast alles Immigranten aus Ostchina. Nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung der Stadt sind Tibeter".

Die meisten Arbeiter an der Eisenbahn sind zugewanderte Han-Chinesen. Wenn Tibeter gelegentlich einen Job bei dem Projekt bekommen, sind sie ganz unten auf der Lohnskala. Von den 38.000 Arbeitsplätzen wurden nur 6.000 an Tibeter vergeben. Und für die 10.000 Stellen für Fachpersonal war kein einziger Tibeter qualifiziert. Nicht genug, daß eine solche Disparität bei ihrem Status herrscht, die Löhne stehen erst recht in keinem Verhältnis zueinander: Facharbeiter erhalten elf Mal so viel wie ungelernete Hilfsarbeiter.

Wie auch immer, Peking hat den Schritt nicht gewagt, den dort lebenden Tibetern Macht zu übertragen. Statt dessen haben die Behörden zum Schein ein paar symbolische Maßnahmen getroffen, um die von vielen Seiten vorgebrachten Einwände, daß die Tibeter von den Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen bleiben und marginalisiert werden, zu entkräften. Eine der jüngsten derartigen Maßnahmen ist die Ankündigung Chinas, es würden nun 1.200 Tibeter zu dem ungewöhnlich hohen Tageslohn von 40 Yuan (weniger als 5 US\$) für die Lhasa-Gormo Eisenbahnstrecke angeheuert, eine Vergütung, die weit über dem gegenwärtig üblichen Satz von 15 Yuan für die meisten tibetischen Arbeiter liegt.

Die für die Zukunft geplante Ausbeutung der Bodenschätze Tibets ist ein Grund für diese Eisenbahnlinie. Tibet ist reich an Mineralsalzen, Chrom, Kupfer und Gold. Entlang der Strecke wurden schon einige Kupferlager entdeckt¹³. Einst werden also mit Erz beladene Eisenbahnwaggons zu den chinesischen Schmelzhütten hinunterrollen, in denen chinesische Arbeiter am Werk sind – gemäß dem Entwicklungsmuster der Chinesen. Aber so weit ist es noch nicht, denn die Bergwerke existieren noch nicht.

Die unmittelbare Notwendigkeit für die Eisenbahnlinie ist, wie die Chinesen selbst zugeben, die schnelle, sichere und kostengünstige Truppenbewegung. Bis jetzt reist das Militärpersonal, das in der TAR stationiert ist, per Eisenbahn nach Chengdu, Provinz Sichuan, und muß dort in ein Flugzeug nach Tibet umsteigen, weil "die Region noch nicht durch eine Eisenbahnlinie mit dem Rest des Landes verbunden ist"¹⁴. Für Peking besitzt die Gormo-Lhasa-Eisenbahn in erster Linie militärische Bedeutung.

¹² Wen Huang, "Destroying a natural treasure in the name of progress", South China Morning Post, 16 August 2003.

¹³ TIN, Mining Tibet, 2002, p. 35.

¹⁴ "China transports army recruits mostly by rail", Xinhua, 10 Dec. 2003.

Von Anfang an gibt es bei der Gormo-Lhasa-Eisenbahnlinie Probleme im Zusammenhang mit der Höhenlage und den extremen klimatischen Bedingungen, sowohl was den eigentlichen Bau als auch den Betrieb betrifft. In letzter Zeit wurden auch die Umweltschäden, die das Projekt mit sich bringt, in Betracht gezogen, obwohl diese Diskussion wesentlich gedämpfter geführt wird als die Erörterung der technischen Aspekte.

Um welche Frage es nun auch gehen mag, die Eisenbahn, die Zentraltibet mit China verbinden wird, ist und bleibt ein Projekt zum Nutzen Chinas. Wie auch bei anderen Investitionen in die Infrastruktur, hat der Staat den Nutzen davon: größere Kontrolle über die lokale Bevölkerung, wachsendes militärisches Ansehen bei den Nachbarländern und eine verbesserte Anlieferung der Rohstoffe mit geringeren Kosten zu den chinesischen Fabriken. Während China die finanzielle Rechnung begleichen mag, wird der Preis, welchen Umwelt und Bevölkerung zu tragen haben, von Tibet bezahlt, und das tibetische Volk wird eines weiteren Aspektes seines Rechtes beraubt, seine Entwicklung und Zukunft selbst zu bestimmen.

Es ist nicht einmal gewiß, ob sich die finanzielle Investition in die Eisenbahnlinien oder in andere Infrastrukturprojekte auf dem Hochplateau jemals amortisieren wird, aber ganz sicher ist, daß diese Projekte nicht die wirtschaftlichen Probleme der Tibeter lösen werden, weder in der Planung noch in der Praxis. Investitionen in die Entwicklung schaffen gewöhnlich kurzfristig neue Arbeitsplätze, aber die Tibeter kommen nicht einmal in den Genuß dieses Nebeneffekts.

8. Entwicklung als Instrument zur politischen Kontrolle

Bei der Entwicklung Tibets geht es China nicht etwa darum, daß die temporär geschaffenen Arbeitsplätze zur Anhebung des Bildungsniveaus und zur Beseitigung der Armut der Bevölkerung dienen sollen, sondern dieser Staat betreibt mit öffentlichen Geldern Mammuth-Projekte, um das Problem der Arbeitslosigkeit in China zu lindern. Nicht-Tibeter und importierte Arbeitskräfte erhalten die besser bezahlten und von der Regierung finanzierten Arbeitsplätze in der Infrastruktur, während die Tibeter von dieser Möglichkeit praktisch ausgeschlossen werden. Infrastruktur-Projekte mögen in anderen Gegenden einen örtlich begrenzten Wirtschaftsboom hervorrufen, aber in Tibet schicken die importierten chinesischen Arbeiter das, was sie verdienen, nach Hause zu ihren Familien in den chinesischen Provinzen. Die Kapitalspritze aus Staatsgeldern, um die China so viel Aufhebens macht, wird so zu einem von der Öffentlichkeit unbemerkten Abfluß von persönlich verdientem Geld, wobei kaum etwas von den Löhnen der Arbeiter in Tibet hängenbleibt.

Von außen kommende Investitionen für Projekte, die von landesfremden Ingenieuren geplant und mit Arbeitskräften von außerhalb ohne Beteiligung oder Kontrolle durch die ortsansässige Bevölkerung durchgeführt werden, und bei denen die Bedürfnisse Außenstehender maßgeblich für die Ziele der Entwicklung sind, schaffen notwendigerweise eine Art von Unternehmen, die mit Verlusten arbeiten. Und das wiederum führt zum Absterben traditioneller lokaler Wirtschaftszweige und zur Zerstörung der Kultur durch eine Kombination des Transfers der lokalen Ressourcen, der Verachtung für die lokale Arbeitsleistung und die Arbeitskräfte sowie des erzwungenen Übergangs der Einheimischen zu einer ihnen fremden Lebensweise infolge von Armut. Zu diesen direkten Auswirkungen kommt durch die oben genannten Gründe noch hinzu, daß die tibetische Landwirtschaft allmählich zugrunde geht¹⁵.

Die dreifache Zielsetzung der *Western Development Strategy*, nämlich die militärische Verteidigung, die Unterdrückung von Dissens und die politische Kontrolle, bildet nicht die richtige Grundlage für eine wirtschaftliche Entwicklung – weder für China noch für Tibet. Daher ist die von China betriebene Entwicklung Tibets sogar, was die chinesischen Wirtschaftsinteressen betrifft, kurzsichtig.

Die zukunftssträchtesten Märkte in China verlangen heute gerade nach dem, was Tibet am besten produzieren kann – Gerste zum Bierbrauen, Wolle und Teppiche, Heilkräuter und Milchprodukte. Wenn Tibets traditionelle und moderne Güter, ebenso wie die kulturellen und geographischen Werte in Zukunft auf den Export hin ausgerichtet würden, dann wären logischerweise speziell verpacktes und verarbeitetes Fleisch, Milchprodukte und Kräuter die aussichtsreichsten Handelssparten. Nahrungsmittelspezialitäten aus dem einheimischen Ackerbau und der Viehhaltung würden die

¹⁵ Nyima Tashi, Tej Partap, Liu Yanhua 2002 Making Tibet Food Secure: Assessment of Scenarios, Kathmandu, ICIMOD.

chinesische Kost verbessern, neue Produkte für den Exportmarkt schaffen und somit zur Lösung der tibetischen Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme beitragen.

Wenn man die tibetische Wirtschaft in ihrem jetzigen Stadium fördern und den Tibetern dazu verhelfen würde, in der nationalen und internationalen Wirtschaft Fuß zu fassen, dann wäre nur noch ein Bruchteil dessen, was China derzeit in den Aufbau der Infrastruktur investiert, erforderlich. Aber solche realistischen Lösungen sind der chinesischen Entwicklungsstrategie für Tibet fremd. Jiang Zemins *Western Development Strategy* wird weder den Anforderungen der tibetischen noch denen der chinesischen Wirtschaft gerecht.

Die bei der *Western Development Strategy* gesetzte Priorität von Investition in Infrastruktur entspricht nicht den unmittelbaren Bedürfnissen der Tibeter, noch berücksichtigt sie die menschlichen und geographischen Ressourcen Tibets oder die Probleme der Armen, die in der traditionellen Landwirtschaft und Viehzucht arbeiten.

Die chinesischen Planer blicken nur auf die kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der im Flachland wohnenden Han-Bevölkerung und haben nur ihre eigenen politischen und militärischen Zwecke vor Augen. Sie betrachten ihr eigenes Heimatland als den nationalen Standort für Herstellung, Export und Handel und die nicht-chinesischen Gebiete im entfernten Westen nur als Rohstofflieferanten für ihre Unternehmen und Entwicklungsbedürfnisse.

9. Schluß

Es überrascht nicht, daß einige führende chinesische Wirtschaftswissenschaftler, so wie Hu Angang, unumwunden zugeben, daß die Entwicklungspolitik, die China nun schon seit 50 Jahren in Tibet verfolgt, fehlgeschlagen ist, und daß es für einen ganz neuen Ansatz Zeit ist, der auf den tatsächlichen Erfordernissen basiert. Die Erfahrung der vergangenen 50 Jahre Entwicklung auf dem tibetischen Hochland hat gezeigt, daß die urban-orientierten Wachstumsstrategien, die auf Subventionen beruhen, zu einer immer größer werdenden Einkommensdisparität zwischen der urbanen und der ländlichen Bevölkerung führen, ebenso wie zwischen den einheimischen ethnischen Tibetern und den Angehörigen anderer Ethnien.

Die Politik des Transfers von fachlichem Know-how und von außerhalb der Region ausgebildeten Fachkräften, deren Ziel die Ankurbelung der Wirtschaft ist, hatte eine nicht vorhergesehene Wirkung auf die Tibeter. Das Resultat ist die Vernachlässigung der beruflichen Ausbildungsprogramme für Tibeter und ihren effektiven Ausschluß von den meisten Arbeitsmöglichkeiten, die höhere Löhne und eine Chance bieten würden, sich über die Armutsschwelle zu erheben.

Nur wenn man die Logik des gegenwärtigen Trends erkennt, kann man eine Politik vorschlagen, die den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt ist. Es wäre weise, auf ein altes chinesisches Sprichwort zu hören: "Um den Weg nach vorne zu kennen, frage die, die zurückkommen". Auf der anderen Seite des Himalaya haben Nepal und Bhutan viel Erfahrung mit verschiedenen Entwicklungsalternativen gewonnen, so etwa mit einer Entwicklung, die von den dörflichen Gemeinschaften ausgeht, der sozialen Forstwirtschaft, der ländlichen Entwicklung mit Partizipation, dem Ökotourismus und der geschlechtsspezifischen Entwicklung. Ihre Erfahrung liefert eine Menge an Information und Anleitung bei der Inangriffnahme der Entwicklungstätigkeit in gebirgigen Binnen-Regionen mit einer empfindlichen Ökologie.

Die grundlegende Frage für diejenigen, die in der Zentralregierung die Politik machen, sollte sein, wie man am besten die Errungenschaften von raschem Wachstum und Modernisierung der armen tibetischen Bevölkerung, die von der Subsistenz-Wirtschaft und der nomadischen Viehhaltung abhängt, weiterreichen kann. Es ist entscheidend, daß das oberste Ziel aller Entwicklungsaktivitäten, einschließlich der zum *Westchina-Entwicklungsprogramm* gehörenden, sein sollte, mit den getätigten Investitionen die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Tibeter aufzubauen. Dies sind Erwägungen, die sich in das Gedankengut des von den Vereinten Nationen geschützten Rechtes auf Entwicklung fügen.